

Markt Thüngen



Niederschrift über die 14. Sitzung des Marktgemeinderates am Montag, 13. Juli 2015, im Sitzungssaal des Rathauses Thüngen

1. Bürgermeister Lorenz Strifsky begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit nach Artikel 47 (2) GO fest.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Leader Programm; Mitgliedschaft; Beratung und Beschluss

Sachverhalt:

1. Bgm. Lorenz Strifsky stellt den Inhalt eines Gespräches zwischen ihm, 2. Bürgermeister Wolfgang Heß und Herrn Dr. Först dar. Mit Herrn Dr. Först wurde ausgelotet, welche Projekte in Thüngen aus dem Leader Programm gefördert werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Marktgemeinderat beschließt die Mitgliedschaft des Marktes Thüngen am „Leader-Programm“. Der 1. Bürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Dr. Först von der Arbeitsgruppe Leader weitere Schritte zu besprechen.

Die voraussichtlichen jährlichen Kosten belaufen sich auf 0,75 Euro je Einwohner.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die Mitgliedschaft des Marktes Thüngen am „Leader-Programm“. Der 1. Bürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Dr. Först von der Arbeitsgruppe Leader weitere Schritte zu besprechen.

Die voraussichtlichen jährlichen Kosten belaufen sich auf 0,75 Euro je Einwohner.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

2. Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Strassen, Wege und Plätze sowie über die Räum- und Streupflicht bei Schnee und Glatteis; Beratung und Beschluss

Sachverhalt:

Dem Gremium wurde die Mustersatzung des Bayerischen Gemeindetages, veröffentlicht in der Zeitschrift Bayerischer Gemeindetag Nr. 12/2009, zugeleitet. Dort sind auch Erläuterungen und Hinweise enthalten. Insbesondere wird auf die Erforderlichkeit der Änderung bestehender Verordnungen durch die einschlägige Rechtsprechung hingewiesen. Ferner wurde der Entwurf der neuen Verordnung den Mitgliedern des Marktgemeinderates vorgelegt.

Im Wesentlichen geht es um folgende Punkte:

1. Gefährlichkeit von Reinigungsarbeiten:

Die bisherige Regelung schreibt vor, dass der Verpflichtete unabhängig vom Straßentyp jeweils bis zur Straßenmitte reinigen muss. Bei verkehrsreichen Straßen wurde das als unzumutbar, weil lebensgefährlich, angesehen. Im entschiedenen Fall ging es um eine Bundesstraße mit einem täglichen Verkehr von 11.000 Fahrzeugen. Das Gericht hielt es deshalb für erforderlich, dass die Gemeinde ihr Straßen- und Wegenetz in drei Kategorien einteilt. Bei der Gruppe A (stark frequentierte Straßen) ist lediglich die Fläche außerhalb der Fahrbahn, d.h. in der Regel der Gehweg und das Straßenbegleitgrün, zu reinigen. Bei mittelstark befahrenen Straßen (Gruppe B) muss nur ein Streifen von 0,50 m der Fahrbahn, der an den Gehweg grenzt, gereinigt werden, weil unterstellt wird, dass diese Reinigungsarbeiten mehr oder weniger gefahrlos vom Gehweg aus erledigt werden können. Bei der dritten Gruppe C (schwach verkehrlich belastete Straßen und Wege) verbleibt es bei der bisherigen Regelung, dass jeweils bis zur Straßenmitte gereinigt werden muss.

Die Verwaltung hat unter diesen Vorgaben das Straßen- und Wegenetz den drei Kategorien zugeordnet, wobei lediglich die Bundesstraße B 26 sowie die Staatsstraße St 2299 in die Kategorie A eingestuft wurden, alle übrigen Straßen in die Kategorie C.

2. Reinigungsintervall:

Nach dem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 04.04.2007, 8 B 05.3195, ist es nicht zulässig in der Satzung vorzuschreiben, dass wöchentlich am Samstag gereinigt werden muss. Vielmehr muss die Verordnung eine Regelung enthalten, dass „bei Bedarf“ zu reinigen ist. Mindestens kann jedoch eine Reinigung von 1 x im Monat vorgegeben werden.

3. Hundekot:

Nach Ansicht des Gerichts ist Hundekot als gesundheitsschädlich, ekelerregend und belästigend einzustufen. Deshalb sei dessen Entsorgung dem Anlieger nicht zumutbar. Die Beseitigung von Hundekot müsste deshalb erforderlichenfalls von der Gemeinde veranlasst werden.

4. Gras- und Unkraut:

Hierzu hat der Senat entschieden, dass flächenhaft in den Straßenkörper hineinwucherndes Gras und Unkraut vom Anlieger nicht zu beseitigen ist, sondern nur Gras und Unkraut, das vereinzelt aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wuchert.

Finanzielle Auswirkungen:

nicht bezifferbare Mehrkosten für die Gemeinde

Beschlussvorschlag:

Der Marktgemeinderat beschließt folgende Verordnung:

**Verordnung des Marktes Thüngen
über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der
Gehbahnen im Winter (Reinigungs- und Sicherungsverordnung)
vom 00.07.2015**

Aufgrund des Art. 51 Abs. 4 und 5 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1981 (BayRS 91-1-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 22.05.2015, (GVBl. S. 154), erlässt der Markt Thüngen folgende Verordnung:

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Inhalt der Verordnung

Diese Verordnung regelt Inhalt und Umfang der Reinhaltungs-, Reinigungs- und Sicherungspflichten auf den

öffentlichen Straßen im Markt Thüngen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze mit ihren Bestandteilen im Sinne des Art. 2 Nr. 1 BayStrWG oder des § 1 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der jeweiligen Fassung. Hierzu gehören insbesondere die Fahrbahnen, die Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, die Geh- und Radwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege und die der Straße dienenden Gräben, Böschungen, Stützmauern und Grünstreifen. Die Bundesautobahnen sind keine öffentlichen Straßen im Sinne dieser Verordnung.

(2) Gehbahnen sind

a) die für den Fußgängerverkehr bestimmten, befestigten und abgegrenzten Teile der öffentlichen Straßen (insbesondere Gehwege sowie gemeinsame Geh- und Radwege) und die selbstständigen Gehwege sowie die selbstständigen gemeinsamen Geh- und Radwege

oder

b) in Ermangelung einer solchen Befestigung oder Abgrenzung die dem Fußgängerverkehr dienenden Teile am Rande der öffentlichen Straßen

in einer Breite von 1 Meter, gemessen vom begehbaren Straßenrand aus.

(3) Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindegebiets, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht.

Reinhaltung der öffentlichen Straßen

§ 3 Verbote

(1) Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit ist es untersagt, öffentliche Straßen mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu verunreinigen oder verunreinigen zu lassen.

(2) Insbesondere ist es verboten,

a) auf öffentlichen Straßen Putz-, Waschwasser, Jauche oder sonstige verunreinigende Flüssigkeiten auszuschütten oder ausfließen zu lassen, Fahrzeuge, Maschinen oder sonstige Geräte zu säubern, Gebrauchsgegenstände auszustauben oder auszuklopfen, Tierfutter auszubringen;

b) Gehwege durch Tiere verunreinigen zu lassen;

c) Klärschlamm, Steine, Bauschutt, Schrott, Gerümpel, Verpackungen, Behältnisse sowie Eis und Schnee

1. auf öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern,

2. neben öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern, wenn dadurch die Straßen verunreinigt werden können,

3. in Abflussrinnen, Kanaleinlaufschächte, Durchlässe oder offene Abzugsgräben der öffentlichen Straßen zu schütten oder einzubringen.

(3) Das Abfallrecht bleibt unberührt.

Reinigung der öffentlichen Straßen

§ 4 Reinigungspflicht

(1) Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit haben die Eigentümer und die zur Nutzung dinglich Berechtigten von Grundstücken, die innerhalb der geschlossenen Ortslage an die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführten öffentlichen Straßen angrenzen (Vorderlieger) oder über diese öffentlichen Straßen mittelbar erschlossen werden (Hinterlieger), die in § 6 bestimmten Reinigungsflächen gemeinsam auf eigene Kosten zu reinigen. Grundstücke werden über diejenigen Straßen mittelbar erschlossen, zu denen über dazwischen liegende Grundstücke in rechtlich zulässiger Weise Zugang oder Zufahrt genommen werden darf.

(2) Grenzt ein Grundstück an mehrere im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführte öffentliche Straßen an oder wird es über mehrere derartige Straßen mittelbar erschlossen oder grenzt es an eine derartige Straße an, während es über eine andere mittelbar erschlossen wird, so besteht die Verpflichtung für jede dieser Straßen.

(3) Die Vorderlieger brauchen eine öffentliche Straße nicht zu reinigen, zu der sie aus tatsächlichen oder aus rechtlichen Gründen keinen Zugang und keine Zufahrt nehmen können und die von ihrem Grundstück aus nur unerheblich verschmutzt werden kann.

(4) Keine Reinigungspflicht trifft ferner die Vorder- oder Hinterlieger, deren Grundstücke einem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, soweit auf diesen Grundstücken keine Gebäude stehen.

(5) Zur Nutzung dinglich Berechtigte im Sinne des Absatzes 1 sind die Erbbauberechtigten, die Nießbraucher, die Dauerwohn- und Dauernutzungsberechtigten und die Inhaber eines Wohnungsrechtes nach § 1093 BGB.

§ 5 Reinigungsarbeiten

Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen.

Sie haben dabei die Gehwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege, die Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen)

a) nach Bedarf, regelmäßig aber mindestens einmal im Monat, an jedem ersten Samstag zu kehren und den Kehricht, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen (soweit diese in üblichen Hausmülltonnen für Biomüll, Papier oder Restmüll oder in Wertstoffcontainern entsorgt werden können); entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen.

Im Herbst sind die Reinigungsarbeiten bei Laubfall, soweit durch das Laub – insbesondere bei feuchter Witterung – die Situation als verkehrsgefährdend einzustufen ist, ebenfalls bei Bedarf, regelmäßig aber einmal in der Woche, jeweils am Samstag, durchzuführen.

Fällt auf den Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen.

b) von Gras und Unkraut zu befreien, soweit es aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wächst.

c) bei Bedarf, insbesondere nach einem Unwetter sowie bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinläufe freizumachen, soweit diese innerhalb der Reinigungsfläche (§ 6) liegen.

§ 6 Reinigungsfläche

(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der zwischen der gemeinsamen Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück,

und

a) bei Straßen der Gruppe A des Straßenreinigungsverzeichnisses der Fläche außerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)

b) bei Straßen der Gruppe B des Straßenreinigungsverzeichnisses einer parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 0,5 Meter verlaufenden Linie innerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)

c) bei Straßen der Gruppe C des Straßenreinigungsverzeichnisses der Mittellinie des Straßengrundstücks

liegt, wobei Anfang und Ende der Reinigungsfläche vor einem Grundstück jeweils durch die von den Grundstücksgrenzen aus senkrecht zur Straßenmittellinie gezogenen Linien bestimmt werden.

(2) Bei einem Eckgrundstück gilt Absatz 1 entsprechend für jede öffentliche Straße, an die das Grundstück angrenzt, einschließlich der gegebenenfalls in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.

§ 7 Gemeinsame Reinigungspflicht der Vorder- und Hinterlieger

(1) Die Vorderlieger tragen gemeinsam mit den ihnen zugeordneten Hinterliegern die Reinigungspflicht für ihre Reinigungsflächen. Sie bleiben auch dann gemeinsam verantwortlich, wenn sie sich zur Erfüllung ihrer

Pflichten anderer Personen oder Unternehmer bedienen; das Gleiche gilt auch für den Fall, dass Vereinbarungen nach § 8 abgeschlossen sind.

(2) Ein Hinterlieger ist dem Vorderlieger zugeordnet, über dessen Grundstück er Zugang oder Zufahrt zu derselben öffentlichen Straße nehmen darf, an die auch das Vorderliegergrundstück angrenzt.

§ 8

Aufteilung der Reinigungsarbeiten bei Vorder- und Hinterliegern

(1) Es bleibt den Vorder- und Hinterliegern überlassen, die Aufteilung der auf sie treffenden Arbeiten untereinander durch Vereinbarung zu regeln.

(2) Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so kann jeder Vorder- oder Hinterlieger eine Entscheidung der Gemeinde über die Reihenfolge und die Zeitdauer, in der sie ihre Arbeiten zu erbringen haben, beantragen. Unterscheiden sich die Grundstücke der einander zugeordneten Vorder- und Hinterlieger hinsichtlich der Flächen wesentlich, kann die Entscheidung beantragt werden, dass die Arbeiten nicht in gleichen Zeitabständen zu erbringen sind, sondern dass die Zeitabschnitte in demselben Verhältnis zueinander stehen, wie die Grundstücksflächen.

Sicherung der Gehbahnen im Winter

§ 9

Sicherungspflicht

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz haben die Vorder- und Hinterlieger die in § 11 bestimmten Abschnitte der Gehbahnen der an ihr Grundstück angrenzenden oder ihr Grundstück mittelbar erschließenden öffentlichen Straßen (Sicherungsfläche) auf eigene Kosten in sicherem Zustand zu erhalten.

(2) § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 bis 5, §§ 7 und 8 gelten sinngemäß. Die Sicherungspflicht besteht für alle Straßen, auch wenn diese nicht im Straßenreinigungsverzeichnis aufgeführt sind.

§ 10

Sicherungsarbeiten

(1) Die Vorder- und Hinterlieger haben die Sicherungsfläche an Werktagen ab 7 Uhr und an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ab 8 Uhr von Schnee zu räumen und bei Schnee-, Reif- oder Eisglätte mit geeigneten abstumpfenden Stoffen (z. B. Sand, Splitt), nicht jedoch mit Tausalz oder ätzenden Mitteln zu bestreuen oder das Eis zu beseitigen. Bei besonderer Glättegefahr (z. B. an Treppen oder starken Steigungen) ist das Streuen von Tausalz zulässig. Diese Sicherungsmaßnahmen sind bis 20 Uhr so oft zu wiederholen, wie es zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz erforderlich ist.

(2) Der geräumte Schnee oder die Eisreste (Räumgut) sind neben der Gehbahn so zu lagern, dass der Verkehr nicht gefährdet oder erschwert wird. Ist das nicht möglich, haben die Vorder- und Hinterlieger das Räumgut spätestens am folgenden Tage von der öffentlichen Straße zu entfernen. Abflussrinnen, Hydranten, Kanaleinlaufschächte und Fußgängerüberwege sind bei der Räumung freizuhalten.

§ 11

Sicherungsfläche

(1) Sicherungsfläche ist die vor dem Vorderliegergrundstück innerhalb der Reinigungsfläche liegende Gehbahn.

(2) § 6 Abs. 2 gilt sinngemäß.

Schlussbestimmungen

§ 12

Befreiung und abweichende Regelungen

(1) Befreiungen vom Verbot des § 3 gewährt die Gemeinde, wenn der Antragsteller die unverzügliche Reinigung besorgt.

(2) Für Vorder- und Hinterlieger, die an die gemeindliche Straßenreinigungsanstalt angeschlossen sind, erfüllt die Gemeinde für die angeschlossenen Teile der Reinigungsflächen die in § 5 aufgeführten Reinigungsarbeiten nach Maßgabe der Satzung.

(3) In Fällen, in denen die Vorschriften dieser Verordnung zu einer erheblichen unbilligen Härte führen würden, die dem Betroffenen auch unter Berücksichtigung der öffentlichen Belange und der Interessen der übrigen Vorder- und Hinterlieger nicht zugemutet werden kann, spricht die Gemeinde auf Antrag durch Bescheid eine Befreiung aus oder trifft unbeschadet des § 8 Abs. 2 sonst eine angemessene Regelung. Eine solche Regelung hat die Gemeinde auch zu treffen in Fällen, in denen nach dieser Verordnung auf Vorder- und Hinterlieger keine Verpflichtung trifft. Die Entscheidung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen oder Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

Gemäß Art. 66 Nr. 5 BayStrWG kann mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 eine öffentliche Straße verunreinigt oder verunreinigen lässt,
2. die ihm nach den §§ 4 und 5 obliegende Reinigungspflicht nicht erfüllt,
3. entgegen den §§ 9 und 10 die Gehbahnen nicht oder nicht rechtzeitig sichert.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie gilt 20 Jahre.

Anlage zur Verordnung des Marktes Thüngen über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter vom 00.07.2015 (Reinigungs- und Sicherungsverordnung) vom 00.07.2015

Straßenreinigungsverzeichnis des Marktes Thüngen (zu §§ 4 Abs 1 und 6 Abs. 1 der o. a. Verordnung)

Straßenname	Straßentyp	Kat. A	Kat. B	Kat. C	Bemerkung
Am Bahnhof	Ortsstraße			x	
Am Boden	Ortsstraße			x	
Am Eulenberg	Ortsstraße			x	
Am Kies	Ortsstraße			x	
Am Sonnenhang	Ortsstraße			x	
Am Wendelsberg	Ortsstraße			x	
Augasse	Ortsstraße			x	
B 26 (westlich Einmündung St 2299)	Bundesstraße	x			
B 26 (Binsfelder Straße)	Bundesstraße	x			
Bahnhofsstraße	Ortsstraße			x	
Bauerngasse	Ortsstraße			x	
Berggasse	Ortsstraße			x	
Berggasse Teilstück	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Bienleite	Ortsstraße			x	
Binsfelder Straße	Ortsstraße			x	
Bodenstraße	Ortsstraße			x	
Burgsteig	Ortsstraße			x	
Frühlingstraße	Ortsstraße			x	
Fußweg im Heckenweg	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Fußweg in der Bauerngasse	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg

Gartenstraße	Ortsstraße			x	
Geißleite	Ortsstraße			x	
Gutenbergstraße	Ortsstraße			x	
Hauptstraße	Ortsstraße			x	
Heckenweg	Ortsstraße			x	
Herrnstraße	Ortsstraße			x	
Kirchweg	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Mittelgasse	Ortsstraße			x	
Neue Gasse	Ortsstraße			x	
Obere Buchhölle	Ortsstraße			x	
Obergasse	Ortsstraße			x	
Planplatz	Ortsstraße			x	
Platz a.d.Ortsstr. Am Wendelsberg	Ortsstraße			x	Parkplatz
Retzstadter Straße	Ortsstraße			x	
Schulstraße	Ortsstraße			x	
Seedamm	Ortsstraße			x	
ST 2299	Staatsstraße	x			
Untere Buchenhölle	Ortsstraße			x	
Untergasse	Ortsstraße			x	
Untergasse	beschr.-öffentl. Weg			x	Fuß- und Radweg
Verbindungsweg I; Frühlingstraße-Sonnenhang	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Verbindungsweg I; Sonnenhang-Wendelsberg	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Verbindungsweg II; Frühlingstraße-Sonnenhang	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg
Verbindungsweg II; Sonnenhang-Wendelsberg	beschr.-öffentl. Weg			x	Fußweg

Thüngen, 00.07.2015
Markt Thüngen



Lorenz Strifsky
1. Bürgermeister

Diskussionsverlauf:

Herr Franz von der Verwaltungsgemeinschaft merkt an, dass die Staatsstraßenbezeichnung im Sachverhalt sowie in der beigefügten Verordnung berichtigt werden muss. Die Staatsstraße St 2299 heißt mittlerweile St 2437.

Auf Wunsch des Gemeinderates werden folgende Inhalte der Verordnung geändert:

§ 5 Buchstabe a. der Verordnung „an jedem Samstag“ wird ersatzlos gestrichen. Entsprechend wird der Halbsatz „jeweils am Samstag“ bei § 5 Buchstabe a) Abs. 2 der Verordnung ersatzlos gestrichen. Des Weiteren wird § 5 Buchstabe a) Abs. 3 der Verordnung ersatzlos gestrichen.

§ 10 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung „nicht jedoch mit Tausalz oder ätzenden Mitteln“ ist ersatzlos zu streichen. § 10 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung wird ebenfalls ersatzlos gestrichen.

Beschluss:

Die vorgetragene Satzung „**Verordnung des Marktes Thüngen über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter (Reinigungs- und Sicherungsverordnung) vom 00.07.2015**“ wird mit den oben bezeichneten Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

3. Informationen des 1. Bürgermeisters**Sachverhalt:****a) Feuerwehrfahrzeug**

Das Feuerwehrfahrzeug Bez. LF8-6 DB wurde nun zum Preis von 2.660,- € verkauft.

b) Berufspraktikantin Kindergarten:

Kürzlich lag eine Bewerbung zum Berufspraktikum einer werdenden Erzieherin vor. Mit dieser wurde nun eine Probeweche vereinbart. Wenn im Anschluss die Resonanz der Kindergartenleitung positiv ausfällt, bekommt diese den Praktikumsplatz!

c) Jugendtreff Thüngen in der Schule:

Der geplante Durchbruch zur Schaffung eines separaten Zugangs würde eine Beantragung einer Nutzungsänderung auslösen. Hier wird befürchtet, dass das aufgrund dessen das gesamte Brandschutzkonzept der Schule erstellt werden musste. Aufgrund dieser zu erwartenden Kosten kommt diese Variante nicht in Frage.

d) Spielplatz an der Grundschule:

Aus dem Publikum wurde die Anfrage gestellt, ob die Möglichkeit besteht, den Benutzern eine Toilette zur Verfügung zu stellen. Es folgt eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Toilettenanlage!

Herr Gemeinderat Müller beantragt, dass dieses Thema in der nächsten Bauausschusssitzung behandelt wird. Er wünscht sich zur fundierten Diskussion, dass von der Verwaltung Planunterlagen des Schulgebäudes sowie der Umgebung für die Sitzung zur Verfügung gestellt werden.

e) Breitbanderschließung Gemeindegebiet:

Der Projektant Dr. Först wird mir der Erarbeitung von Lösungen zukünftig beauftragt. Sobald diese Projektierung erarbeitet wurde, wird diese dem GR vorgelegt!

f) Brückensperrung/Überführung St 2437:

Mitteilung durch das Staatliches Bauamt Würzburg: Termin Brückensperrung/Überführung St 2437: Voraussichtlich 16.02.16- Ende Juli 2016

Abstimmungsergebnis: o. A.

4. Kurze Anfragen

Sachverhalt:

a) Sanierung Bauhof:

Am Morgen des 13. Juli 2015 wurde festgestellt, dass die Bau-Türe nicht mehr eingehängt und verschlossen ist. Dies sollte zeitnah mit der zuständigen Firma besprochen, und das Problem beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis: o. A.

b) Weg/Straße zum evangelischen Friedhof:

Nach landwirtschaftlichen Arbeiten sind die Zufahrten zum evangelischen Friedhof stark verunreinigt. Hier sollte geklärt werden, ob hier die Gemeinde zuständig ist oder ob der Landwirt für die Reinigung aufzukommen hat.

Abstimmungsergebnis: o. A.

c) Beanstandung: Pflegezustand Anwesen Zehrl/ Obere Buchenhölle

Herr Müller beanstandet den Pflegezustand der Grünflächen des Anwesens Zehrl. Hier sollte von der Verwaltung geprüft werden, wer hier die Flächen zu pflegen hat, Gemeinde oder Zehrl - ggf. Sanktionsmöglichkeiten.

Abstimmungsergebnis: o. A.

d) Rutsche Kindergarten Ersatzbeschaffung:

Frau Rügemer fragt an, wann nun mit der Beschaffung der neuen Rutsche gerechnet werden kann. 1. Bürgermeister Strifsky erklärt, dass zeitnah die neue Rutsche beschafft wird. Aktuell werden noch die Angebote selektiert.

Abstimmungsergebnis: o. A.

5. Sitzungsniederschriften vom 08.06.2015 und 23.06.2015; Genehmigung

Beschluss:

Der Marktgemeinderat genehmigt den öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift vom 08.06.2015 ohne Änderung.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Beschluss:

Der Marktgemeinderat genehmigt den öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift vom 23.06.2015 ohne Änderung.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Nichtöffentliche Sitzung: